

Nr. **XIX. GP.-NR**
141 1J
1994 -12- 07

ANFRAGE

der Abgeordneten Gabriela Moser, Madeleine Petrovic, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz
betreffend Unfallverhütungsprogramm

60 % der Privatunfälle sind Haushaltsunfälle, ihre Behandlung erfordert an die 600.000 Spitalstage. Jährlich schädigen über 1000 Todesfälle durch Unfälle im Haushalts- und Freizeitbereich die österreichische Volkswirtschaft im Ausmaß von 100 Mrd. öS. Das menschliche Leid entzieht sich jeder Quantifizierung. Mit einem relativ geringen Einsatz von Mitteln könnte bereits eine Reduzierung von 10% erreicht werden.

Außerdem kommen im Gegensatz zu Arbeitsunfällen die gesetzlichen Versicherungen nicht für Rehabilitationskosten bei Haushaltsunfällen auf. Durch entsprechende Präventivmaßnahmen ließen sich viele Unfälle vermeiden und entsprechend Leid und Kosten sparen. Entsprechende Vorschläge existieren bereits (Institut für "Sicher leben").

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Warum wurde verabsäumt, ein Unfallvorsorgeprogramm zu erstellen und umzusetzen?
2. Wann wird ein derartiges Programm wirksam werden?
3. Werden Sie im Bereich der Sozialversicherungen darauf drängen, auch die Freizeit- und Haushaltsunfälle in die Versicherungsleistung mit einzuschließen?
4. Welche anderen Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um die Unfallverhütung zu forcieren?